

Im Wandel vermitteln: Friedensmediation im Angesicht neuer globaler Realitäten

Friedensmediation befindet sich im Wandel. Durch geopolitische Verschiebungen, digitale Konflikträume und die Auswirkungen der Klimaveränderungen werden Konflikte komplexer, langwieriger und vielschichtiger. „Klassische“ Vermittlungsansätze¹ stoßen heute an ihre analytischen und politischen Grenzen. Das gilt für die operativen Anforderungen der Mediation ebenso wie für das politische Selbstverständnis internationaler Friedensförderung. Dieses ZIF kompakt skizziert zentrale Entwicklungen sowie deren Konsequenzen für zeitgemäße Friedensmediation und zeigt auf, welche Ansätze künftig von besonderer Relevanz sein werden. Diese Erkenntnisse wurden 2024 und 2025 im Rahmen des vom Auswärtigen Amt finanzierten Projekts „Stärkung von Mediations- und Dialogkapazitäten“ (2023–2025) in Peer-Austauschformaten erarbeitet.

| Drei Trends, die Friedensmediation verändern

Globale Multipolarität und geopolitische Fragmentierung: Durch den wachsenden Einfluss neuer globaler und regionaler Akteure und wirtschaftlicher Blöcke haben sich die bisherigen Dynamiken internationaler und extern beeinflusster Konflikte signifikant verändert. Prozesse, die früher durch klare Rollen und eindeutige Macht- und Einflusslinien strukturiert waren, sind heute stärker fragmentiert und politisiert. Zudem konkurrieren kurzfristige machtpolitische oder ökonomische Interessen zunehmend mit langfristigen Friedenszielen. Parallel dazu prägen sicherheitspolitische Anliegen die Prioritätensetzung, wodurch etablierte, liberale Ansätze der Friedensmediation häufig von geopolitischen Interessen verdrängt werden. Gleichzeitig wird die Prozessgestaltung dadurch komplexer, dass unterschiedliche Mediationslogiken aufeinandertreffen: einerseits eher normative, inklusive Ansätze, andererseits stärker interessenbasierte transaktional-stabilitätsorientierte Formate. Auch beanspruchen regionale und vor allem lokale Akteure einen größeren politischen Raum für ihre eigenen Interessen und erhöhen so die Komplexität von Dialog- und Mediationsprozessen.

Zugleich bietet dies neue Chancen: Durch Nähe, Legitimität und lokales Kontextwissen können regionale und lokale Netzwerke die Prozesse erweitern und bereichern (z.B. durch kultur- und gendersensible Expertise und lokale gesellschaftliche Zugänge). Die Herausforderungen der geopolitischen Fragmentierung zwingen die Friedensmediation, sich in Form und Anspruch weiterzuentwickeln. Innovative, inklusive und adaptive Ansätze, wie z.B. digitale Plattformen, breite Stakeholder-Beteiligung und flexible Prozessgestaltung, ermöglichen es Mediator:innen, diese Komplexität zu navigieren und lokale Perspektiven wirksam einzubeziehen. Dadurch werden Mediationsprozesse effektiver und nachhaltiger gestaltet und gewinnen an Legitimität.

Digitale Transformation und hybride Bedrohungen: Auch die zunehmende Integration digitaler Technologien verändert die Konfliktlandschaft grundlegend und stellt die Friedensmediation vor neue strukturelle Herausforderungen. Hybride Bedrohungen – von Desinformation über Deepfakes bis hin zu Cyberangriffen auf kritische Infrastruktur – verzerrten Information vor Ort, erschweren die Schaffung einer gemeinsamen Faktenbasis, delegitimieren Mediationsmandate und verstärken Polarisierung. Besonders betroffen sind lokal verankerte Organisationen sowie Frauen und junge Menschen, die überproportional häufig digitaler Gewalt ausgesetzt sind – sie laufen Risiko, in Mediationsprozessen ausgeschlossen oder marginalisiert zu werden. Digitale Risiken wirken dabei geschlechter- und generationsspezifisch unterschiedlich und verstärken bestehende Exklusionsmechanismen, wodurch die Inklusivität und Wirksamkeit von Friedensmediation direkt beeinträchtigt werden.

¹ Mit dem Begriff „klassischer Mediationsansatz“ werden Mediationsstrategien bezeichnet, die auf dem Harvard-Konzept basieren und sich an den Prinzipien der UN-Friedensmediation orientieren.

Gleichzeitig eröffnen digitale Technologien neue Chancen, um Mediationsprozesse resilenter, inklusiver und adaptiver zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass diese Technologien, insbesondere KI gestützte Anwendungen, gezielt entwickelt, trainiert und von Vermittlungsakteur:innen kompetent angewendet werden. Bei angemessener Programmierung und Nutzung ermöglichen digitale Kommunikations- und Analysetools es Mediator:innen, Eskalationsdynamiken frühzeitig zu erkennen, Narrative im Informationsraum besser zu verstehen und gezielt auf Desinformation zu reagieren. Virtuelle und hybride Dialogformate können den Zugang zu Mediationsprozessen für Akteure, die physisch oder politisch vom direkten Dialog ausgeschlossen sind, erleichtern und zudem durch transparente Informationen, partizipative Konsultationen und die sichere Einbindung lokaler Expertise zur Vertrauensbildung beitragen.

Da digitale Bedrohungen sich kaum vollständig kontrollieren oder eliminieren lassen, wird digitale Resilienz zu einer zentralen Voraussetzung wirksamer Friedensmediation. Digitale Risiken sollten daher als integraler Bestandteil von Mediationsprozessen betrachtet und sowohl im Design als auch kontinuierlich während der Durchführung adressiert werden. Konkrete Maßnahmen wie das Monitoring des Informationsraums, strategische Kommunikation, sichere technische Infrastruktur, digitale Kompetenzen des Mediationsteams, von den Parteien vereinbarte digitale Codes of Conduct und robuste lokale Vertrauensnetzwerke stärken die Widerstandsfähigkeit gegenüber digitalen Angriffen und fördern zugleich die sinnvolle Nutzung digitaler Möglichkeiten. Um dies wirksam umzusetzen, müssen Mandate, Ressourcenplanung, Kapazitätsaufbau und Evaluationsmechanismen auf die spezifischen digitalen Risiken abgestimmt werden.

Klimakrise als Risikomultiplikator: Die Klimakrise erhöht die Komplexität von Mediationsprozessen ebenfalls erheblich: Wasserknappheit, Landdegradation, Extremwetter oder klimabedingte Migration verschärfen bestehende Spannungen und Ungleichheiten, verschieben Machtverhältnisse und setzen staatliche Institutionen unter erheblichen Zeit- und Handlungsdruck. Diese Dynamiken können Mediationsprozesse verzögern, ihre Inklusivität einschränken und Eskalation begünstigen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und damit Vereinbarungen auch unter sich verändernden Umweltbedingungen tragfähig bleiben, müssen [Klimathemen in Mediationsprozesse eingebettet](#) werden und anschlussfähig an Prioritäten der Konfliktparteien sein. Zusätzlich müssen Friedensabkommen künftig klimaadaptiv gestaltet werden. Gleichzeitig bestehen Kapazitätslücken: Viele Mediationsteams verfügen nicht über ausreichende Klimaexpertise und bestehende Finanzierungsmechanismen sind selten auf langfristige klimasensible Prozessgestaltung ausgelegt. Dennoch eröffnet die Klimakrise auch [neue Kooperationsräume](#): Gemeinsames Ressourcenmanagement, lokale Anpassungsmaßnahmen und Umweltinitiativen können Dialog fördern – insbesondere dort, wo politische Themen blockiert sind. Die Klimakrise zwingt Friedensmediation zu interdisziplinären, vorausschauenden Ansätzen und unterstreicht, dass ökologische und soziale Resilienz untrennbar miteinander verbunden ist.

Inklusivität als Voraussetzung wirksamer Mediation

Zahlreiche Studien zeigen, dass inklusiv gestaltete Prozesse stabiler, belastbarer und erfolgreicher sind. Angesichts der obengenannten Entwicklungen gilt Inklusivität zunehmend als eine zentrale Voraussetzung wirksamer Friedensmediation. In der Praxis ist Inklusivität jedoch eines der anspruchsvollsten Elemente in der Prozessgestaltung. Viele Friedensverhandlungen sind weiterhin elitendominiert, wodurch entscheidende Stimmen und wertvolles Wissen fehlen. Besonders lokal verankerte Gemeinschaften, Frauen, Jugendliche und indigene Gruppen sind von digitalen Bedrohungen, der Klimakrise und der Polarisierung innerhalb von Prozessen betroffen. Dies erhöht das Risiko, dass diesen Gruppen Gehör und Einfluss verwehrt bleiben. Gleichzeitig bringen sie jedoch kontextspezifische Expertise, gesellschaftliche Zugänge und Innovationskraft ein – Kompetenzen, die in multipolaren und fragmentierten Kontexten zunehmend entscheidend sind.

Trotz internationaler Verpflichtungen – darunter die WPS-Agenda (UNSCR 1325 ff.) und die YPS-Agenda (UNSCR 2250 ff.) mangelt es an Umsetzung. Aufgrund patriarchaler Strukturen, institutioneller Barrieren, geschlechtsspezifischer Sicherheitsrisiken, Altersbias oder ethnischer, sozialer und politischer Marginalisierung, werden Frauen, junge Menschen sowie indigene, marginalisierte und lokal verankerte Gemeinschaften weiterhin von Prozessen ausgeschlossen. Diese Entwicklungen werden durch die

sicherheitspolitische Engführung politischer Agenden zusätzlich verschärft, da inklusive Elemente häufig als nachrangig betrachtet werden.

Zukunftsfähige Friedensmediation muss den Auftrag dieser Agenden deshalb differenziert und systematisch umsetzen – durch gendersensible und jugendinklusive Mandatsgestaltung, die gezielte Einbindung weiterer marginalisierter Gruppen, sichere physische und digitale Räume, gezielten Kapazitätsaufbau, die Verzahnung verschiedener Dialogebenen sowie strategische Partnerschaften, insbesondere mit lokalen und regionalen Initiativen wie Women Mediator Networks, (lokalen) Jugendinitiativen und Gemeinschaftsorganisationen.

| Handlungsempfehlungen und Ausblick

Eine grundlegende Weiterentwicklung von Friedensmediation ist notwendig. Veränderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen, geopolitische Fragmentierung, digitale Angriffe und klimabedingte Risiken erhöhen die Komplexität von Konflikten und den Druck auf präventive und dialogorientierte Ansätze. Zukunftsfähige Friedensmediation muss flexibler, widerstandsfähiger und politisch stärker eingebettet sein, um auch unter sicherheitspolitischem Druck wirksam zu bleiben.

Hieraus ergeben sich fünf zentrale Handlungsfelder, die politische Entscheidungsträger:innen sowie Mediationspraktiker:innen priorisieren sollten:

1. **Multi-Track-Friedensförderung systemisch verzahnen.** Diplomatische Initiativen, regionale Organisationen, zivilgesellschaftliche Akteure und lokale Dialogformate müssen stärker verzahnt werden, um Synergien zu schaffen und die langfristige Wirkung von Friedensprozessen zu erhöhen.
2. **Regionale Organisationen und Netzwerke gezielt stärken.** Diese spielen eine Schlüsselrolle für Legitimität und Zugang. Ihre Unterstützung erhöht die politische Tragfähigkeit von Friedensprozessen und Ownership vor Ort.
3. **Digitale und klimasensible Resilienz kontinuierlich ausbauen.** Robuste Analysekapazitäten, sichere digitale Räume, interdisziplinäre Klimaexpertise und flexible Finanzierungsmechanismen sind entscheidend, um Mediationsprozesse gegen neue Risiken abzusichern.
4. **Inklusive Teilhabe als Wirksamkeitsfaktor absichern.** Die systemische Einbindung von Frauen, Jugendlichen, indigenen und lokalen Akteuren über alle Prozessphasen hinweg erhöht Legitimität, Informationsqualität und Nachhaltigkeit von Friedensprozessen und sollte daher politisch verbindlich abgesichert werden.
5. **Den sicherheitspolitischen Mehrwert von Mediation strategisch sichtbar machen.** Angesichts geopolitischer Rivalitäten und sicherheitspolitischer Interessen drohen präventive Ansätze politisch an Bedeutung zu verlieren. Mediation muss klar aufzeigen, wie sie Eskalationsrisiken mindert, politische Räume öffnet und tragfähige Vereinbarungen vorbereitet.

Der Erfolg von Mediation hängt davon ab, wie flexibel sie auf die sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren und sich ihnen anpassen kann. Durch die gezielte Vernetzung und Stärkung der Akteure, den Ausbau von Fachwissen, die Sicherung von Inklusivität und die Sichtbarmachung ihres strategischen Mehrwerts, eröffnet der aktuelle Wandel neue Chancen für innovative und lokal verankerte Ansätze einer resilienten Friedensförderung.